

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
Eingang: 14.10.2019
Antragsnr.: 168/2019
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: III/Hr. Matuschke

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 14.10.2019

Anträge zum Stellenplan (Amt 31)

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

der im Arbeitsprogramm dargestellte Personalmangel ist angesichts der Ausrufung des Klimanotstandes nicht haltbar. Daher stellen wir folgende Stellenplananträge:

1. Funktionszulage für gewählte TeamsprecherInnen

Die gewählten TeamsprecherInnen sollen eine Funktionszulage erhalten, die danach bemessen ist, dass diese im Umweltamt die Funktion von Abteilungsleitungen einnehmen.

2. Neuschaffung von 4 Stellen f. die Abteilung Natur-, Landschafts-, Arten- und Biotopschutz, Landschaftsplanung

Es werden 4 weitere Stellen (UmweltingenieurIn oder vergleichbar A13) in der Abteilung „Natur-, Landschafts-, Arten- und Biotopschutz, Landschaftsplanung“ geschaffen.

Begründung:

Zitat aus dem Arbeitsprogramm (S. 98):

„Das Insektensterben sorgte 2019 für ein Volksbegehren, dessen Erfolg hohe Erwartungen an die Umsetzung des ab 2020 geltenden gesamtgesellschaftlichen Artenschutzgesetzes ausgelöst hat. Die Erhaltung und Optimierung der Lebensbedingungen für Tiere und Pflanzen sowie der Schutz von Stadtbäumen trotz Freiflächenverluste und der Intensivierung der Freiflächennutzung bleiben eine enorme, komplexe Aufgabenfülle bei äußerst knapper Personal- und Finanzausstattung.“

Aufgrund der bekannten Personalsituation und zusätzlicher Aufgaben der Abteilung sind 4 Stellen erforderlich. Z.B. ist nach dem "Bienenvolksbegehren" die neue Aufgabe Biodiversitätsberater/in vorgesehen, die möglicherweise sogar refinanziert wird.

3. Neuschaffung von 2 Stellen f. die Abteilung Immissionsschutz

Es werden zwei weitere Stellen (Umweltingenieurin oder vergleichbar A13) für die Abteilung Immissionsschutz geschaffen.

Begründung:

Zitat aus dem Arbeitsprogramm (S. 102)

„Es wird eine Novelle der TA Luft erwartet, Anforderungen an die Umsetzung des Vorsorgeprinzips werden höher, d.h. kürzere Prüfintervalle führen zu größerem Verwaltungsaufwand.“

4. Neuschaffung von 4 Stellen f. die Abteilung Abfallrecht/-beratung/-Wirtschaft

Es werden vier weitere Stellen (Umweltingenieurin oder vergleichbar A13) für die Abteilung Abfallrecht/-beratung/-Wirtschaft geschaffen

Begründung:

Zitat aus dem Arbeitsprogramm (S. 102)

„Der Vollzug des Abfallrechts, vor allem der Gewerbeabfallverordnung kann mit den vorhandenen Personalkapazitäten punktuell stattfinden.“

Die Erfüllung dieser Pflichtaufgabe sollte dem Amt durch eine angemessene Personalausstattung ermöglicht werden. Sollte die Verwaltung die vier geforderten Stellen für überzogen halten, möge sie benennen, wie viele Stellen für eine mindestens gut durchschnittliche Aufgabenerfüllung (Pflichtaufgabe!) erforderlich sind.

5. Neuschaffung von 2 Stellen f. die Abteilung Radverkehr, Nahmobilität

Es werden zwei weitere Stellen (Umweltingenieurin oder vergleichbar A13) für die Abteilung Radverkehr, Nahmobilität geschaffen

Begründung:

Zitat aus dem Arbeitsprogramm (S. 108)

„Die vielfältigen Aufgaben müssen priorisiert werden und können nur nach und nach abgearbeitet werden.“

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)

Anton Salzbrunn
(Stadtrat)